

# Der 66. Gemeindetag in Graz als politischer Höhepunkt

*Zum heurigen 66. Gemeindetag in Graz konnten die Gastgeber Präsident Alfred Riedl und der Präsident des Gemeindebundes Steiermark Erwin Dirnberger fast 2.000 Bürgermeister, Gemeindevandatare und Mitarbeiter aus fast allen Gemeinden Österreichs begrüßen. Geboten wurde ein abwechslungsreiches und informatives Programm mit zahlreichen Höhepunkten. Und nicht zuletzt zog auch das für dieses Jahr gewählte Schwerpunktsthema Nachhaltigkeit die zahlreichen Teilnehmer von Beginn an in den Bann.*

Selbstverständlich konnten auch in diesem Jahr zahlreiche Spitzenpolitiker zur Haupttagung in der Messehalle Graz begrüßt werden. Unter ihnen Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl.

„Dass die Spitzen der Republik heute bei uns sind, zeigt, welch hohen Stellenwert die Kommunen als Verwaltungs- und Politik-

ebene haben und welche Verantwortung wir in den 2.096 Gemeinden tragen,“ so Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

An beiden Tagen fand gleichzeitig auch die Kommunalmesse statt, bei der rund 200 Aussteller die neuesten Innovationen für Gemeinden präsentierten.

Bundespräsident Van der Bellen outete sich in seiner Rede als großer Bewunderer unserer österreichischen Bürgermeister. Immerhin seien sie tagtäglich mit den großen und kleinen Sorgen ihrer Bürger konfrontiert



und um Lösungen im Sinne der Sache bemüht. Dabei gibt es für die meisten Gemeindeoberhäupter so gut wie keine Pause und das verdient hohe Anerkennung.

Auch Bundeskanzlerin Kanzlerin Brigitte Bierlein lobte die österreichischen Gemeindevertreter als wichtige Partner für die Menschen und für die Bundesregierung. „Meine Tür steht offen“, sagte Bierlein, wenn es um die Fortsetzung der erfolgreichen Partnerschaft Bund-Gemeinden in den kommenden Monaten gehe. Landeshauptmann Her-

mann Schützenhöfer nutzte die Gelegenheit dazu, die Steiermark als Land der Innovation und des Aufschwungs zu präsentieren. In allen wichtigen Kennzahlen steht die Steiermark derzeit an der Spitze Österreichs. Rückgrat für jede Entwicklung seien dabei unbestritten unsere Gemeinden. Dazu notwendig seien auch entsprechende Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Also viel Rückenwind von Bundes- und Landesseite für die Anliegen unserer österreichischen Gemeinden.



Auch die Kulinarik und die steirische Gastfreundlichkeit kamen beim Gemeindetag in Graz nicht zu kurz.

Fischer



Organisator und Landesgeschäftsführer Martin Ozimic sorgte auch für ausreichend kulturelle Unterhaltungseinlagen.

Fischer

# Gemeindetag-Haupttagung: Dank direktem Kontakt und

*In seiner Rede zu Beginn der Haupttagung des 66. Gemeindetages fasste Präsident Alfred Riedl die wichtigsten Forderungen und Herausforderungen für unsere Gemeinden zusammen: Von der Kinderbetreuung und Bildung, über die Infrastruktur und die Digitalisierung bis hin zum Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft: Nur mit starken Gemeinden als Rückgrat kann es in Österreich Veränderungen und Reformen geben: Ohne Gemeinden geht nichts!*

Die Entwicklungen der letzten Wochen haben es klar und deutlich gezeigt: Die einzige Konstante im Vertrauen der Bürger sind die Bürgermeister, diejenigen, die sich täglich um die Sorgen der Menschen kümmern“, erklärte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl gleich zu Beginn der Haupttagung des Gemeindebundes.

Dabei dankte der Gemeindebund-Chef dem Bundespräsidenten und der interimistischen Bundeskanzlerin für ihr umsichtiges Vorgehen in den letzten, für die Bundespolitik turbulenten Wochen. Natürlich nicht

ohne ihnen einen Rucksack an Anliegen mitzugeben. „Die Gemeinden brauchen auf Bundesebene Ansprechpartner, die verstehen, was die Bürgermeister für ihre Arbeit vor Ort brauchen“, so Riedl, der eindringlich vor unüberlegten Wahlzuckerl auf Kosten der Gemeinden warnte.

### Keine Wahlzuckerl auf Kosten der Gemeinden!

„Die zahllosen Initiativ- und Fristsetzungsanträge im Nationalrat zeigen gerade, dass das freie Spiel der Kräfte manche zu populistischen Schnellschüssen verleitet. Ich appelliere an die Ver-



Gemeindebundpräsident Alfred Riedl verdeutlichte die Forderungen der Gemeinden an den Bund.

Schuller

nunft aller Parlamentarier: Die Zeche zahlen nicht die Abgeordneten, sondern die Gemeinden und Bürger“, betonte der Präsident.

### Verfassung: Gemeinden sollen Art. 15a-Vertragspartner werden

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat rund um die Regierungsumbildungen immer wieder die Schönheit und Eleganz der Bundesverfassung betont. Auch der Gemeindebund-Präsident lobte in seiner Ansprache die Verfassung, vor allem wegen zwei Paragraphen, die in diesem Jahr auch ein „Jubiläum“ feiern. Seit 30 Jahren ist der Gemeindebund verfassungsrechtlich verankerte Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden und seit 20 Jahren gibt es den Konsultationsmechanismus, der den Gemeinden die Möglichkeit gibt, sie vor übergebürlichen Einflüssen von außen zu schützen.

„Nur weil wir so stark in der Verfassung verankert sind, können wir uns mit

aller Kraft auf Bundesebene einmischen“, erklärte Riedl und forderte, „dass wir nun endlich auch Vertragspartner bei den 15a-Vereinbarungen werden, damit dieses leidige Hin und Her, wie bei der Finanzierung der Kinderbetreuung ein Ende hat.“

### „Vielfältig. Nachhaltig“: Unsere Gemeinden sind vorbildlich unterwegs

Das Motto des 66. Österreichischen Gemeindetages „Vielfältig. Nachhaltig“ beschreibt für Alfred Riedl wichtige Standortfaktoren der Gemeinden: „Von Energieeffizienz über innovative Mobilitätskonzepte bis hin zu verantwortungsvoller Raumplanung: In Sachen Klimaschutz sind die Kommunen mit vielen erfolgreichen Beispielen Vorbilder und Vorreiter.“

Als Beispiele nannte er dabei die 95 Energie-Modellregionen, die flächendeckende LED-Umstellung, den geplanten „Grüne Ring“ rund um Wien, Photovoltaikprojekte in zahlreichen Gemeinden und auch



Politik und Experten referierten und diskutieren zum Schwerpunktthema „Vielfältig Nachhaltig“

Schuller

# Nichts geht ohne Gemeinden! stärkstem Vertrauen der Bürger

E-Mobilitätsprojekte. „Wir sehen: In den letzten Jahren sind Nachhaltigkeit und Klimaschutz in fast allen Gemeindestuben angekommen - die vielen innovativen kleinen und große Projekte zeigen, dass die Gemeinden am richtigen Weg sind,“ betonte Riedl.

## Die Digitalisierung braucht Infrastruktur

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, müsse man auch an die digitale Infrastruktur der Zukunft denken, wobei Riedl einen Glasfaserfonds forderte, der den flächendeckenden Ausbau der wichtigen kommunalen Infrastruktur organisieren soll, da „die Glasfaserleitungen, die Autobahnen von morgen sind.“

Der Gemeindebund bleibt laut Riedl bei seiner eindringlichen Forderung: eine flächendeckende Glasfaser-Verbindung bis ins letzte österreichische Dorf. Das sicherzustellen sei auch die Aufgabe der Öffentlichen

Hand.

## Aufgaben in der Bildung sind klar zu ordnen

„Das größte Unwort für die Gemeinden ist die ‚Anschubfinanzierung‘, so wie wir es zuletzt beim Ausbau der schulischen Tagesbetreuung gesehen haben“, erklärte Riedl.

Aktuell zeichnet sich zwar eine Einigung im Nationalrat für den Beschluss des Bildungsinvestitionsgesetzes ab, aber die Debatte greift zu kurz. Den österreichischen Gemeinden wurden viel zu viele Aufgaben im Bildungsbereich übertragen. „Deswegen ist es auch höchst an der Zeit, die Kompetenzen und Zuständigkeiten im Schulsystem neu zu ordnen“, so Riedl. Der Gemeindebund ist schon länger der Meinung, dass Freizeitpädagogen, Sekretariatskräfte, Unterstützungspersonal wie Sozialarbeiter sowie Tablets für die Schüler nicht Aufgabe der Gemeinden sind. Mit einem Gutachten, das



Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer präsentierte die Steiermark als Innovationsmotor Österreichs.

Schuller

die Meinung des Gemeindebundes bestätigt, forderte Alfred Riedl auch am Gemeindetag die Neuordnung des Bildungssystems: „Alles Personal muss in eine Hand. Die Gemeinden kümmern sich nur um die Infrastruktur und sorgen für Erhalt und Ausbau der Schulgebäude. Alles, was die Pädagogik betrifft - vom Unterricht bis zur Betreuung - kann nicht Aufgabe der Gemeinden sein.“

## Gefragt ist mehr Denken in Regionen und Mut

„Wer über Vielfalt spricht, muss den ländlichen Raum im Auge haben. Die Menschen schätzen die Stadt als Ort zum Arbeiten, aber auch die Gemeinden als Ort zum Leben. Und immer mehr Menschen wollen dort arbeiten, wo sie leben. Das fordert die Gemeinden und verlangt die nötigen Infrastrukturen“, betonte der Gemeindebund-Chef.

Im Zusammenspiel zwischen Stadt und Land, brauche es daher ein neues Miteinander, mehr Denken in Regionen und mehr Mut

auf dem Weg zu einer intensiveren Zusammenarbeit.

## Steuerreform nicht zu Lasten der Gemeinden

Auch in Bezug auf den geplanten Umbau des Steuersystems fand Riedl klare Worte: In jedem Fall müssten die Gemeinden bei einer Reform des Abgabensystems ihren gerechten Anteil bekommen. Reformen dürften nicht zu Lasten der Gemeindehaushalte umgesetzt werden. Das beinhaltet auch eine Reform der Grundsteuer, an der aus der Sicht des Gemeindebundes kein Weg vorbeiführt.

## Nichts geht ohne unsere Gemeinden!

Zum Abschluss bedankte sich Alfred Riedl bei den Bürgermeistern und Gemeindevertretern:

„Ihr findet seit jeher lokale Antworten auf die globalen Herausforderungen. Ihr seid die ersten Ansprechpartner bei den Sorgen eurer Bürger. Ihr genießt höchstes Vertrauen. Ihr könnt voller Stolz sagen: Nichts geht ohne die Gemeinden.“



Die Gemeindebund-Präsidenten Dirnberger und Riedl mit Kanzlerin Bierlein, Bundespräsident Van der Bellen und NR-Präs. Sobotka. Schuller

# Digitalisierungstechnologien Gemeindeverwaltung und

**Was bringt die Digitalisierung unseren Gemeinden und was erwarten sie sich davon? Dieser und anderen Fragen ging eine aktuelle Studie von Gemeindebund und Donau-Universität Krems nach, deren Ergebnisse im Rahmen des 66. Gemeindetages in Graz präsentiert wurden. FAZIT: Unsere Gemeinden sind Vorreiter im Bereich der Digitalisierung und verbinden ganz konkrete Erwartungen damit, die von Effizienzsteigerungen bis hin zu Qualitätsverbesserungen im Bereich der Gemeindeverwaltung reichen.**

Zum dritten Mal - nach 2002 und 2008 - hat der Österreichische Gemeindebund gemeinsam mit der Donau-Universität Krems den Status quo der Digitalisierung in den Gemeinden erhoben. In der umfangreichen Studie wurden Erwartungen und Ziele der Gemeindeverwaltungen nach zehn Jahren abgefragt.

## E-Government ist heute Selbstverständlichkeit

„Im Rahmen der Digitalisierung ist E-Government heute eine Selbstverständlichkeit. Die Bürger erwarten sich, dass Behördenwege möglichst digital ablaufen und auch die einzelnen

Verwaltungsebenen digital untereinander kommunizieren, für mehr Effizienz und Bürgernähe“, erklärt Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl die Hintergründe der Studie im Rahmen einer Pressekonferenz am 66. Österreichischen Gemeindetag.

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für E-Governance an der Donau-Universität Krems wurden Gemeinden in ganz Österreich eingeladen, die Digitalisierung in ihren Verantwortungsbereichen zu bewerten. Insgesamt wurden 296 Fragebögen online abgegeben, womit rund 15 Prozent der österreichischen Ge-



Die Gemeindebundpräsidenten Dirnberger und Riedl mit Studienautor Lampoltshammer (v.l.).  
Schuller

meinden an der Studie teilgenommen haben.

## Datenschutz für unsere Gemeinden wichtiger

Der stellvertretende Leiter des Zentrums für E-Governance Professor Thomas Lampoltshammer erläutert die Ergebnisse der Studie: „Positiv auffällig für uns ist eine stark Sensibilisierung der Gemeinden bezüglich der Maßnahmen im Bereich Datenschutz und Datensicherheit“, denn die Gemeinden achten viel stärker auf IT-Sicherheit als dies noch vor zehn Jahren der Fall war.

## Gemeinden haben viele Digitalisierungsziele

Die wichtigsten Digitalisierungsziele der Gemeinden sind die Stärkung der bürgernahen und offenen Verwaltung, mehr Effizienz und auch eine Erweiterung des Leistungsangebotes.

Für Lampoltshammer zeigt sich, dass „die Erwartung der Gemeindeverantwortlichen an die Digitalisierung klar in Richtung schnellere und flexiblere Services für Bürger geht“. 44 Prozent der Gemeinden erwarten außerdem finanzielle Einsparungen. 30 Prozent glauben,



### WICHTIGSTE DIGITALISIERUNGSZIELE DER GEMEINDEN



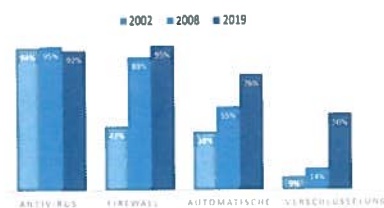
Mit der Digitalisierung verbinden unsere Gemeinden ganz klare Ziele, die es zu verfolgen gilt.

Gemeindebund/Donau Uni Krems



### VERGLEICH MIT DIGITALISIERUNGUMFRAGE 2002/2008

#### SICHERUNGSMABNAHMEN IT



Vor allem das Thema der IT- und Datensicherheit ist für unsere Gemeinden wichtiger geworden.

Gemeindebund/Donau Uni Krems

# sorgen für eine effizientere mehr Nähe zu den Bürgern

dass sie mehr zusätzlichen Personalbedarf haben. 77 Prozent erwarten sich eine schnellere Bearbeitung der Bürgeranliegen, 74 Prozent bessere Kommunikation und 71 Prozent ein besseres Image für die Gemeinde, wenn sie sich mit der Digitalisierung intensiv auseinandersetzen.

## Gemeinden werden digitaler und innovativer

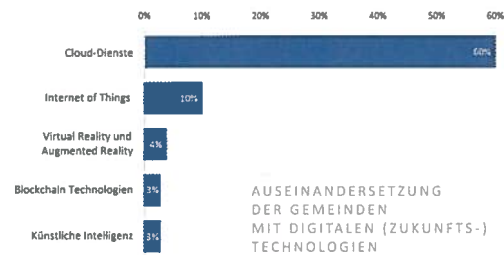
Für den Österreichischen Gemeindebund zeigt die Studie, dass die Gemeindestuben immer digitaler werden und sich die Verantwortlichen immer öfter mit innovativen Zukunftstechnologien auseinandersetzen. „Unsere Gemeindeämter sind seit jeher Servicedrehscheiben und erste Anlaufstellen für die Bevölkerung“, betonen Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und der Präsident des Gemeindebundes Steiermark LAbg. Bürgermeister Erwin Dirnberger. „Mit den digitalen Möglichkeiten haben wir die Interaktion mit den Bürgern

verbessert und die Partizipation gestärkt, was viele erfolgreiche Beispiele aus den Gemeinden zeigen“, so die beiden Präsidenten, die auch auf die Plattform [oesterreich.gv.at](http://oesterreich.gv.at) und die App „Digitales Amt“ verweisen, wo der Gemeindebund eng mit den Ministerien zusammenarbeitet.

## Gemeinden sind die Innovationsmotoren in unseren Regionen

„Wir bewegen uns in die richtige Richtung und unsere Gemeinden sind wichtige Innovationsmotoren in den Regionen, wenn wir uns zahlreiche spannende Beispiele anschauen“, betont Dirnberger. So zeigen Projekte, wie der „Digitale Bauakt“, die „Digitale Katastermappe“, Bürgerbeteiligungsplattformen und der Einsatz von digitalen Sprachassistenten für das Bürgerservice, „dass Österreichs Gemeinden innovationshungrig und bereit sind, neue kreative Ideen zu fördern“, so Dirnberger. Ein Trend, der sich in den kom-

## (ZUKUNFTS-)TECHNOLOGIEN



Zu den meistgenutzten Zukunftstechnologien zählen vor allem sogenannte Cloud-Services.

Gemeindebund/Donau Inni Krems

menden Jahren sicher noch verstärken wird.

## Digitalisierung fördert die Nachhaltigkeit

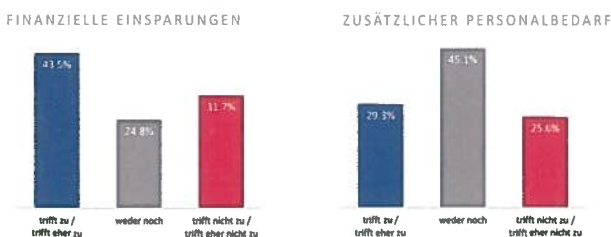
Der diesjährige Gemeindefesttag stand ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit und da bietet besonders die Digitalisierung viel Potenzial, das es in Zukunft zu nutzen gilt. Gemeindebund-Präsident Riedl stellt klar und deutlich fest, dass es im digitalen Bereich auch eine nachhaltige Infrastruktur braucht und fordert nachhaltige, flächendeckende Glasfasernetze für alle Gemeinden in ganz Österreich.

„Die digitalen Datenkabel sind die Autobahnen von morgen. Glasfaser ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und erfordert einen nationalen Schulterchluss in Form eines Glasfaserfonds - also eine Finanzierungsgrundlage ähnlich dem Siedlungswasserwirtschaftsfonds. Damit Österreich auf die nachhaltige, digitale Überholspur kommt und auch die Bürger im ländlichen Raum alle Chancen haben“, so Riedl abschließend.

Eine Anregung, die eine neue Bundesregierung aufgreifen könnte.

## ERWARTUNGEN DER GEMEINDEN AN DIE DIGITALISIERUNG

STICHWORT: RESSOURCEN

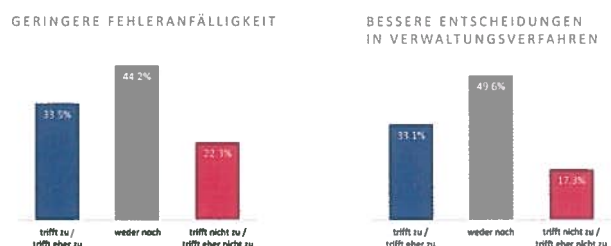


Einerseits bringt die Digitalisierung finanzielle Einsparungspotenziale, andererseits steigt der Personalbedarf.

Gemeindebund/Donau Uni Krems

## ERWARTUNGEN DER GEMEINDEN AN DIE DIGITALISIERUNG

STICHWORT: GÜTE DER VERWALTUNGSVERFAHREN



Bei Verwaltungsverfahren und in Entscheidungsprozessen werden Qualitätssteigerungen erzielt.

Gemeindebund/Donau Uni Krems

# Gemeindetag: Resolutionen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz

*Im Zuge des 66. Gemeindetages in Graz hat der Österreichische Gemeindebund zwei Resolutionen beschlossen, die die wesentlichen politischen Eckpfeiler umfassen, welche für unsere Gemeinden wichtig sind.*

Traditionell kommt der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes am Vortag des Bundestages zu einer Sitzung zusammen, um wichtige politische Themen abzustecken. So auch im heurigen Jahr. Im Vorfeld des 66. Gemeindetages in Graz wurden zwei Resolutionen beschlos-

den für Stabilität und Kontinuität in der Republik, verlangt nachhaltige Finanzierungs- und Planungssicherheit für die Gemeinden, warnt vor Wahlzuckerl vor der Nationalratswahl im September, fordert zum sofortigen Handeln bei Pflege, Glasfaserausbau und Klimaschutz auf und will sich für



Traditionell wurden im Zuge des Gemeindetages auch Resolutionen verabschiedet.

Fischer

sen, die ganz im Zeichen der Vielfalt und der Nachhaltigkeit stehen.

Dabei erkennt der Österreichische Gemeindebund die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Die bisherigen Maßnahmen der Gebietskörperschaften reichen nicht aus, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Die „allgemeine“ Resolution nimmt Bezug auf die wichtige Rolle der Gemein-

eine aktive Boden- und Baulandpolitik stark machen.

Hier die wesentlichsten Passagen:

**Die Gemeinden gewährleisten Stabilität und Kontinuität in dieser Republik**

■ Die Gemeinden haben in unserem Staatswesen eine besondere Rolle. Sie gewährleisten die Grundversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Daseinsvorsorge.

■ Sie fördern den sozialen Zusammenhalt und sind jene Orte, wo Beteili-

gung und demokratische Mitbestimmung am politischen Geschehen möglich wird.

■ In vielen Bereichen sind die Gemeinden die gefragten Umsetzer nationaler, aber auch europäischer und sogar globaler Politiken - ohne sie wären Antworten auf globale Herausforderungen schwer möglich. Die vielen kommunalen Initiativen im Bereich der Nachhaltigkeit machen dies deutlich.

■ Die Grundfeste des freien Staates sind und bleiben die freien Gemeinden.

**Die Gemeinden verlangen Finanzierungs- und Planungssicherheit**

■ Die Zuverlässigkeit der Arbeit in den Gemeinden kann nur dann nachhaltig gesichert werden, wenn diese für ihre Aufgaben auch eine entsprechende nachhaltige Finanzierung erhalten.

**Budgetdisziplin auch in Wahlzeiten**

■ Die Gemeindeordnungen sehen für eine verantwortungsvolle Ausübung des Mandates in den Kommunen vor, dass es für außerplanmäßigen Beschlüsse auch eine entsprechende Bedeckung geben muss.

■ Der Österreichische Gemeindebund fordert daher auch von den Parteien im Nationalrat einen verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Mandat, damit in der auslaufenden Legislaturperiode keine Gesetze mehr verabschiedet werden, die unser Gemeinwesen mit den zur Verfü-

gung stehenden Mitteln nicht finanzieren kann.

**Appell an die demokratische Verantwortung der Parteien**

■ Die politischen Parteien sollen ihren Verpflichtungen zur Entsendung von Mitgliedern in die lokalen Wahlkommissionen nachkommen.

**Nachhaltigkeit braucht sofortiges Handeln**

Der Österreichische Gemeindebund appelliert an die Übergangsregierung,

■ das wichtige Projekt einer nachhaltigen Pflegereform weiterzuführen,

■ den Glasfaserausbau im ländlichen Raum mit entsprechenden Mitteln zu dotieren,

■ eine Entflechtung der Kompetenzen im Schulbereich voranzutreiben,

■ die Gemeinden bei ihren Initiativen zum Klimaschutz zu unterstützen,

■ die Gemeindefinanzierung nachhaltig zu sichern und die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen, nicht zuletzt die Reform der Grundsteuer.

**Nachhaltige Boden- und Baulandpolitik**

■ Die Raumplanung stellt eine der zentralen Steuerungsinstrumente auf Gemeindeebene dar.

■ Gemeinden benötigen Instrumente zu einer aktiven Baulandpolitik: insbesondere die Möglichkeit eines Vorkaufsrechtes analog den Regeln des deutschen Baugesetzes.